

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	35. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2008/035)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 26.02.2008
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:32 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz
Bohmert, Heinrich
Egbringhoff, Rita
Enning-Harmann, Rudolf
Gerwing, Hermann Josef
Große-Berg, Franz-Josef
Haget, Bernhard
Lefert, Heinrich
Levi, Birgit
Mensing, Peter
Mensing, Robert
Nünning, Manfred
Schmeing, Aloys
Schnell, Bernhard
Spahn, Jens
Terstriep, Matthias
Tübing, Ferdinand
Ungruhe, Holger
Vortkamp, Thomas
Wantia, Beatrix
Wehres, Erika
Weuthen, Franz Josef
Witte, Josef

SPD

Böing, Josef

Dönnebrink, Andreas
Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons
Lambers, Klaus
Lassak, Hans
Terlohr, Julius

UWG

Bruns-Schmeing, Annette
Goerke, Jürgen
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Schulte, Renate

WGW

Haveloh, Hermann Josef

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Marion

FDP

Beckers, Andreas
Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Kühlkamp, Hermann
Leuker, Werner
Tacke, Michael

es fehlen entschuldigt:

UWG

Lange-Röttger, Annette

WGW

Frankemölle, Norbert

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigungen von Niederschriften (öffentliche Sitzungen)
 - 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die 33. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 18.12.2007
 - 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 14.02.2008
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes und Erlass der Haushaltssatzung 2008
- 4 Sonderhaushalt der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" für das Haushaltsjahr 2008
- 5 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 13 Teil 1 - Aa-Campus - Abschnitt 1; Aufstellungsbeschluss
- 6 Schulentwicklungsplanung für die Primarstufe
- 7 Antrag der CDU-Fraktion:
 - 7.1 Verkehrsberuhigung auf der Alstätter Friedhofsstraße

B. Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Genehmigungen von Niederschriften (nicht-öffentliche Sitzungen)
 - 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die 33. nicht-öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 18.12.2007
 - 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die 34. nicht-öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 14.02.2008
- 2 Grundstücksangelegenheiten
 - 2.1 Verkauf von Wohnbaugrundstücken im Ahauser Baugebiet "Hoher Kamp Mitte"; hier: Festsetzung der Verkaufspreise
 - 2.2 Verkauf von Gewerbeflächen an die Herren Bernd und Dirk Gewing, Am Bahndamm 30, 48683 Ahaus

- 3 Vergaben
- 3.1 Endausbau der Straßen Am Kalkbruch und Scharfland
- 3.2 Umbau und Erweiterung des Zentralklärwerks, hier: Elektro-MSR-Technik
- 3.3 Umbau und Erweiterung des Zentralklärwerks, hier: Räumer und Ablaufrinnen
- 3.4 Umbau und Erweiterung des Zentralklärwerks, hier: Rechenanlage

A. Öffentliche Sitzung

1 Genehmigungen von Niederschriften (öffentliche Sitzungen)

1.1 Genehmigung der Niederschrift über die 33. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 18.12.2007

Gegen die Niederschrift zur öffentlichen Ratssitzung am 18. Dezember 2007 gibt es keine Einwendungen. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

1.2 Genehmigung der Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 14.02.2008

Gegen die Niederschrift zur öffentlichen Ratssitzung am 14. Februar 2008 gibt es keine Einwendungen. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3 Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes und Erlass der Haushaltssatzung 2008

V/2007/0719/1

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2008 ist durch den Kämmerer und Ersten Beigeordneten Althoff in der Ratssitzung am 18. Dezember 2007 eingebracht worden. Die Etatrede wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2008 mit den entsprechenden Anlagen liegt seit dem 27. Dezember 2007 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Bürgermeister Büter weist darauf hin, dass der Planentwurf in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30. Januar 2008 ausführlich vorberaten worden sei. Die Niederschrift zu dieser Sitzung liegt allen Ratsmitgliedern vor. Mit 12 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen hat der Ausschuss dem Rat die Annahme der Haushaltssatzung 2008 empfohlen.

Da der Haushalt 2008 im Haupt- und Finanzausschuss eingehend vorberaten worden ist, wird auf eine seitenweise Beratung verzichtet.

Zum Abschluss der Haushaltsplanberatung tragen die Fraktionsvorsitzenden Vorkamp (CDU), Dönnebrink (SPD), Homann (UWG), Beckers (FDP), Haveloh (WGW) und Ratsfrau Löring für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Ausführungen zum Haushalt 2008 vor. Die Fraktionsvorsitzenden Vorkamp, Dönnebrink, Haveloh und Beckers erklären, dass ihre Fraktionen dem Haushalt 2008 zustimmen werden.

Anschließend lässt Bürgermeister Büter über die Haushaltssatzung 2008 abstimmen.

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 30.01.2008 beschlossenen Änderungen für das Jahr 2008 nachfolgende Haushaltssatzung einschließlich ihrer Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2008

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.10.2007 (GV. NRW. S. 380), hat der Rat der Stadt Ahaus mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Ahaus voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	66.564.135 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	65.208.916 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	61.914.635 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	57.289.417 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	13.346.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	25.208.500 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 4.800.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 9.460.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 0 EUR
und die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen wird auf 3.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 381 v.H. |
| 2. | Gewerbesteuer auf | 403 v.H. |

§ 7

(Haushaltssicherungskonzept) entfällt

§ 8

Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW wird wie folgt festgelegt:

- | | | |
|----|-------------------|-------------|
| 1. | im Einzelfall bis | 15.000 EUR, |
|----|-------------------|-------------|

2. bei Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, bis 50.000 EUR,
3. bei Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen sowie Aufwendungen die sich auf den Jahresabschluss beziehen, in unbegrenzter Höhe.

Bei Überschreitung der Beträge zu Nr. 1 und 2 ist die vorherige Zustimmung des Rates erforderlich.

Für die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 GO NRW gilt diese Regelung entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

- 34 Ja-Stimmen
- 6 Nein-Stimmen

4 Sonderhaushalt der "Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus" für das Haushaltsjahr 2008 V/2008/0744

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt gemäß § 97 Abs. 4 GO den Sonderhaushaltsplan der „Sparkassenstiftung der Stadt Ahaus“ für das Haushaltsjahr 2008.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 13 Teil 1 - Aa-Campus - Abschnitt 1; Aufstellungsbeschluss V/2008/0733

Technischer Beigeordneter erläutert die geplanten Anpassungen im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 13 Teil 1 –Aa-Campus Abschnitt 1.

Der Rat der Stadt beschließt:

Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 13 Teil 1 – Aa-Campus – Abschnitt 1 wird aufgestellt. Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in dem der Beschlussvorlage beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

Ratsherr Enning-Harmann (CDU-Fraktion) hat gem. § 31 GO NRW wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass sich der vorliegende Schulentwicklungsplan zunächst nur auf die Primarstufe beziehe. Hier gebe es insbesondere für die Marienschule in Graes einen dringenden Entscheidungsbedarf. Zur Zeit werde der weitere Schulentwicklungsplan für die Sekundarstufen 1 und 2 erarbeitet und voraussichtlich bis zum Mai vorgelegt werden können. Aus den bisherigen Gesprächen sei bereits ein zusätzlicher Raumbedarf für das Alexander-Hegius-Gymnasium erkennbar geworden.

Die vorgestellte Entwicklung der nächsten 5 Jahre sei geprägt von einem deutlichen Schülerrückgang, insbesondere im Stadtzentrum. Dennoch könnten mit Ausnahme der Marienschule alle Grundschulen in ihrem Bestand gesichert werden. Nach dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen und der freien Schulwahl sei die Festlegung der Zügigkeit die einzige mögliche Stellschraube des Schulträgers.

Die Marienschule in Graes sei auf Grund der rückläufigen Schülerzahlen als eigenständiger Standort nicht zu halten. Die Verwaltung schlage daher vor, einen Grundschulverbund mit der Josefschule zu bilden. Die Schulkonferenzen beider Schulen hätten dieser Lösung mittlerweile einstimmig zugestimmt. Die Stadt sei nach intensiven Gesprächen zuversichtlich, dass die erforderliche Genehmigung der Bezirksregierung erfolgen werde. Verwaltungsvorstand Kühlkamp bedankt sich bei den Graeser Eltern, der Schulpflegschaft, dem Förderverein der Schule und dem Lehrerkollegium für ihr großes Engagement.

Der Vorschlag, die Bernsmannskampschule als Dependance der Aabachschule aufzugeben, sei der Verwaltung sehr schwer gefallen. Der dramatische Schülerrückgang im Stadtzentrum lasse jedoch keine andere Alternative zu. Die Dependance solle ab dem Schuljahr 2009/10 schrittweise auslaufen. Bereits aufgenommene bzw. für das kommende Schuljahr angemeldete Schülerinnen und Schüler würden ihre gesamte Grundschulzeit an diesem Standort verbringen können. Somit laufe der Schulbetrieb endgültig 2012 aus. Die geführten Gespräche mit Eltern und den Schulgremien seien in einer ausgesprochen sachlichen Atmosphäre geführt worden. Der Schulleiter habe die Schulgremien ausführlich informiert. Diese hätten die Schließung zwar mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, sie allerdings vor dem Hintergrund des starken Schülerrückgangs als unausweichlich akzeptiert. Die obere Schulaufsicht bei der Bezirksregierung habe in einer zwischenzeitlichen Stellungnahme nochmals deutlich herausgestellt, dass eine Dependance ein vorübergehendes Provisorium sei. Bei stark rückläufigen Schülerzahlen müsse eine Dependance konsequenterweise aufgelöst werden.

Ratsfrau Schulte (UWG-Fraktion) macht deutlich, dass sich ihre Fraktion sehr intensiv und auch kontrovers mit dem Schulentwicklungsplan und dem Beschlussvorschlag auseinandergesetzt habe. Es gebe unterschiedliche Meinungen. Durch die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen solle der Wettbewerb unter den Schulen gestärkt werden. Die Pestalozzischule könne auf Grund ihrer umfangreichen Betreuungsangebote gestärkt aus einem solchen Wettbewerb hervorgehen. Mit der Schließung der Bernsmannskampschule nehme man jedoch eine Schule aus dem Wettbewerb.

Ratsfrau Bruns-Schmeing (UWG-Fraktion) hingegen erklärt, dass eine ausreichende und intensive Lernförderung in kleinen Schulsystemen nicht gewährleistet werden könne. Sie werde daher für die Schließung der Bernsmannskampschule stimmen.

Für die FDP-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Beckers, dass seine Fraktion nicht zu einem schlüssigen Ergebnis gelangt sei und sich daher der Stimme enthalte.

Ratsfrau Löring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die intensive und umfangreiche Beratung des Schulentwicklungsplanes. Sie werde sich aber der Stimme enthalten.

Ratsherr Gerick bedankt sich für die ausführliche und intensive Beratung in den Gremien. Die Entscheidung sei seiner Fraktion nicht leicht gefallen, die Gründe sprächen allerdings für den Beschlussvorschlag, den seine Fraktion deshalb auch unterstützen werde.

Für die WGW-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Haveloh, dass er dem Beschlusssentwurf zustimmen werde.

Fraktionsvorsitzender Homann beantragt für seine Fraktion eine Einzelabstimmung über die 4 Punkte des Beschlussvorschlages. Für die CDU-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Vorkamp, dass der Beschluss zwar in 4 Punkte unterteilt sei, diese aber in einem engen inhaltlichen Kontext stünden und daher nur als Gesamtkonzept zur Abstimmung gestellt werden könnten. Er stelle den Antrag, über den gesamten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Bürgermeister Büter stellt zunächst den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Schul- und Kulturausschusses den der Beschlussvorlage als Anlage 01 beigefügten Schulentwicklungsplan der Stadt Ahaus – Fortschreibung 2007/2008 – Teilplan Primarstufe.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass nach dem vorliegenden Schulentwicklungsplan die Schülerzahl im Primarbereich deutlich zurückgeht, insbesondere im Stadtkern von derzeit 927 Schüler/innen auf 667 Schüler/innen (-28 %).

Der Rat beschließt ebenso auf Empfehlung des Schul- und Kulturausschusses folgende schulorganisatorischen Maßnahmen im Bereich der Grundschulen:

1. Da die Marienschule die zur Fortführung der Schule notwendige Schülerzahl nicht mehr gesichert erreicht, wird sie als selbstständige Schule zum Schuljahr 2008/2009 aufgelöst und als Teilstandort der Josefschule fortgeführt. Über die Bildung und Unterbringung der Klassen an den beiden Standorten entscheidet die Schulleitung unter Berücksichtigung der Anmeldezahlen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu beantragen, dass die Marienschule aufgelöst und als Teilstandort der Josefschule fortgeführt wird (Grundschulverbund).

2. Die Bernsmannkampschule wird als Dependance der Aabachschule mit dem Schuljahr 2009/2010 schrittweise aufgegeben. Ab dem Schuljahr 2009/2010 wird an der Bernsmannkampschule keine neue Eingangsklasse mehr gebildet. Die vorhandenen Klassen an der Bernsmannkampschule werden fortgeführt, so dass der Schulbetrieb im Jahr 2012 ausläuft.

Die Verwaltung wird beauftragt, künftige Verwendungsmöglichkeiten des für Schulzwecke genutzten Gebäudeteils der Bernsmannkampschule zu prüfen.

3. Für die Grundschulen werden folgende Zügigkeiten festgelegt:

Pestalozzischule	Gemeinschaftsgrundschule	2-zügig	
Aabachschule	Kath. Grundschule	2-zügig	
Josefschule	Kath. Grundschule	4-zügig	1 Zug am Teilstandort Graes
Andreasschule	Kath. Grundschule	3-zügig	
Kappenbergschule	Kath. Grundschule	2-zügig	Im Einzelfall können in Abstimmung mit dem Schulträger 3 Eingangsklassen gebildet werden.
Burgschule	Kath. Grundschule	2-zügig	
Katharinenschule	Kath. Grundschule	3-zügig	

- Die Verwaltung wird beauftragt, bauliche Erweiterungen für die Aabachschule zur Deckung des Raumbedarfs für Mehrzweckräume und für die Andreasschule zur Bildung einer zweiten Gruppe für die offene Ganztagschule zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

- 33 Ja-Stimmen
- 7 Enthaltungen

Damit ist der Antrag der UWG-Fraktion abgelehnt.

Bürgermeister Büter bedankt sich abschließend bei der Elternpflegschaft der Marienschule und der gesamten Graeser Dorfgemeinschaft für ihr vorbildliches Engagement für diese Schule. Für die sachliche und konstruktive Zusammenarbeit dankt er auch den Eltern und Schulgremien der Aabachschule. Selbst bei dieser schwierigen Entscheidung seien die Gespräche von Fairnis und Sachlichkeit geprägt gewesen. Schließlich bedankt sich Bürgermeister Büter beim Fachbereichsleiter für Bildung, Kultur und Sport, Hermann Lefering, für seine umsichtige und intensive Arbeit und Gesprächsführung, die eine hohe zeitliche Inanspruchnahme erfordert habe.

7 Antrag der CDU-Fraktion:

7.1 Verkehrsberuhigung auf der Alstätter Friedhofsstraße

V/2008/0745

Ratsherr Terstriep erläutert für die CDU-Fraktion, dass auf der Alstätter Friedhofsstraße trotz zusätzlich angebrachter Markierungen und Beschilderungen über das tragbare Maß hinaus erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt worden seien. Im Interesse einer höheren Sicherheit solle der Fachausschuss daher über geeignete Maßnahmen und deren Finanzierung beraten.

Erster Beigeordneter Althoff bestätigt, dass Messungen des Ordnungsamtes und der Polizei ergeben hätten, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen dort deutlich höher seien als an vergleichbaren Straßen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den betroffenen Anwohnern Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an der Alstätter Friedhofstraße zu prüfen. Die Ergebnisse sollen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt und erörtert werden. Darüber hinaus soll unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten ein Vorschlag zur Finanzierung möglicher Verkehrsberuhigungsmaßnahmen unterbreitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Zum Abschluss der öffentlichen Sitzung erklärt Ratsherr Ungruhe (CDU-Fraktion), dass er dem Bürgermeister am Vortag in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt habe, dass er sein Mandat zum 1. April 2008 niederlegen werde. Durch seine Ausbildung im Priesterseminar sei er zukünftig zeitlich so intensiv eingebunden, dass ihm die für eine Ratstätigkeit erforderliche Zeit nicht mehr zur Verfügung stehe. Er bedankt sich für das entgegen gebrachte Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern seines Wahlbezirkes. Seiner Fraktion, den übrigen Mitgliedern des Rates und der Verwaltung dankt er für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bürgermeister Büter zeigt Verständnis und Respekt für diese Entscheidung und spricht ihm seinen persönlichen Dank aus. Er werde aber in der nächsten Ratssitzung die Gelegenheit wahrnehmen, dies noch ausführlicher zu tun.

gez. Felix Büter
(Bürgermeister)

gez. Werner Leuker
(Schriftführer)